

Inhaltsverzeichnis

I. Sachverhalt und Problemstellung	13
II. Die Kompetenz zur Bildung und Änderung von Fachbereichen	18
1. Entscheidungskompetenz der Zentralorgane	18
2. Keine Aufteilung in Teilfachbereiche	20
3. Der rechtliche Maßstab der Fachbereichseinteilung	23
4. Das Selbstverständnis der Wissenschaftszweige in Abwehr wissenschaftsfremder und fremdwissenschaftlicher Fremdbestimmung	24
III. Die Bedeutung der Wissenschaftsfreiheits- und Religionsfreiheitsgarantie für die Einrichtung der theologischen Forschung und Lehre an der Universität	26
1. Der Rechtscharakter der Garantie der Wissenschaftsfreiheit	26
a) Als individuelles Freiheitsrecht	26
b) Als objektives Wertprinzip	26
c) Als Prinzip wissenschaftsgerechter Organisation	26
d) Als Teilhaberecht des Wissenschaftlers	27
e) Als Garantie akademischer Selbstverwaltung	27
2. Der Wissenschaftsbegriff des Grundgesetzes im Sinn der Pluralität der Wissenschaften und Neutralität des Staates	28
3. Schutz der Theologie als eigene Wissenschaftsdisziplin	30
4. Ihre Abgrenzung von der allgemeinen Religionswissenschaft	33
5. Die Verschiedenheiten zwischen der evangelischen und katholischen Theologie	35
IV. Konsequenzen für die Hochschulorganisation	38
1. Das Gebot wissenschaftsgerechter Hochschulorganisation	39
a) Schutz vor fremdkonfessioneller Bestimmung	39
b) Keine gemeinsamen Fachbereiche für katholische und evangelische Theologie infolge der teilweisen Verschiedenheit der wissenschaftlichen Maßstäbe	39

c) Grenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	40
d) Die Bedeutung der institutionellen und verfahrensmäßigen Ausgestaltung für den Wissenschaftsbegriff	40
e) Die Gegensätze in den theologischen Disziplinen	41
2. Das Problem der Ökumene	42
a) Ökumene als Zukunftsziel	42
b) Ökumene als „eigene Angelegenheit“ der Kirchen, nicht des Staates	43
c) Das staatliche Prüfungswesen als unzulässiges Mittel ökumenischer Einigung	44
3. Ökumenische Kooperation, nicht rechtliche Fusion der katholischen und evangelischen Theologie	45
V. Rechtliche Alternativen?	46
1. Unzulässigkeit der Bildung von Teilfachbereichen	46
2. Unzulässigkeit der Beschränkung des Stimmrechts auf konfessionsangehörige Fachbereichsratsmitglieder	48
3. Unzulässigkeit technischer Verfahrensmodalitäten zur Sicherung evangelischer Mehrheiten	50
a) Erweiterter Fachbereichsrat mit Konfessionsüberhang?	50
b) Mehrfachstimmrecht der evangelischen Mitglieder?	52
c) Doppelte Mehrheiten?	53
4. Keine Übertragung der Gruppenuniversitätsmodelle auf das Verhältnis der Konfessionen	54
a) Die Organisationsformen der Gruppenuniversität mit abgestuften Mitwirkungsbefugnissen	54
b) Ihre Voraussetzung: Homogenität des Wissenschaftsbegriffs und Wissenschaftsmaßstabs eines Fachbereichs	56
c) Andersartigkeit des Verhältnisses zwischen den Konfessionen	56
d) Keine Integration verschiedener Wissenschaften durch Mitwirkungsrechte im Gruppenuniversitätsprozeß	57
VI. Ausschluß der theologischen Fakultäten bei der Gründung der Frankfurter Universität?	58
a) Das Frankfurter Modell	59
b) Widerspruch in der Welt der Wissenschaft	61
c) Initiativen der evangelischen Kirche	61

d) Die Stellungnahme der katholischen Kirche	62
e) Die Haltung der jüdischen Gemeinde	63
VII. Die Einzelfragen	66
A. Muß das Studium der evangelischen Theologie an evangelisch-theologischen Fakultäten bzw. Fachbereichen erfolgen?	66
1. Die kirchlichen Rechtsnormen und akademischen Prüfungsordnungen	66
2. Notwendigkeit des evangelischen Theologiestudiums an evangelischen Theologenfakultäten	67
3. Freiheit des kirchlichen Ämterrechts	68
4. Die Garantie der theologischen Fakultäten in den Kirchenverträgen	71
5. Die Wahrung des kirchlichen Bekenntnisses	74
6. Die Wahrung der kirchlichen Einheit und akademischen Freizügigkeit zwischen den Landeskirchen	75
7. Gründe zur Wahrung der Einheit des Ausbildungswesens durch den Staat	76
B. Ist die Bekenntnisgebundenheit theologischer Fachbereiche nur durch die Besonderheit des Berufungsverfahrens gesichert?	77
1. Die Besonderheit theologischer Fakultäten in ihrem Gegenstand und ihrer Funktion	77
2. Der rechtliche Gesamtstatus und die Einordnung der Spezialfragen in den Gesamtzusammenhang	77
C. Entsprechen die Prüfungsordnungen, insbesondere die Promotions- und Habilitationsordnung des Fachbereichs „Religionswissenschaften“ in Frankfurt den rechtlichen Anforderungen?	79
1. Die Habilitationsordnung	79
a) Zuständigkeit des Fachbereichsrats. Keine Aushilfskonstruktionen zur Sicherung evangelischer Mehrheiten	79
b) Keine Kompetenz zu philosophischen Habilitationen	80
c) Bei den Zulassungsvoraussetzungen kein Quereinstieg	82
d) Zulassungsvoraussetzung der Mitgliedschaft in einer Kirche des Ökumenischen Rates	83
2. Die Promotionsordnung	84
a) Keine Kompetenz zu philosophischen Promotionen	84
b) Bestellung des Promotionsausschusses	84
c) Zusammensetzung des Promotionsausschusses	85

d) Zulassungsvoraussetzung der Mitgliedschaft in einer Kirche des Ökumenischen Rates	85
e) Evangelischer „Betreuer“	85
f) Zusammensetzung der Prüfungskommission	86
g) Zuständigkeit zu Ehrenpromotionen	86
3. Die Diplomprüfungsordnung	86
a) Zusammensetzung des Prüfungsausschusses	86
b) Bestellung seiner Mitglieder	86
c) Zulassungsvoraussetzung	87
d) Keine Aufteilung des Fachbereichs	87
D. Entspricht das Berufungsverfahren den rechtlichen Anforderungen? ...	87
E. Ist ein Grundstudium in evangelischer Theologie bis einschließlich der Zwischenprüfung mit der Organisationsstruktur des Fachbereichs Religionswissenschaften vereinbar?	88
Personenregister	90
Sachwortregister	91